

Erzbischof Schick und die Linken-Politikerin Wagenknecht in Nürnberg

Mit Steuern steuern, aber wohin?



Christliches und humanistisches Weltbild sind sich gar nicht so fern: Erzbischof Ludwig Schick (li.) im Gespräch mit der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht. Moderiert wurde die Diskussion von CPH-Direktor Siegfried Grillmeyer. Foto: Günter Distler

VON RAIMUND KIRCH

Es ist ein besonderes Podium am Donnerstagabend: Der katholische Erzbischof Ludwig Schick und die Linken-Frontfrau Sahra Wagenknecht sollen über Gerechtigkeit reden – und sind sich dabei an mancher Stelle sehr einig.

NÜRNBERG – Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Und die Schere der Vermögensungleichheit öffnet sich weiter. Das belegt das Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ des Nürnberger Jesuitenpaters Jörg Alt. Der Kampagnenexperte seines Ordens, er hatte zuvor schon mit dem Thema Finanztransaktionssteuern punkten können, ist es gelungen, den Bamberger Erzbischof Ludwig Schick und die Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht, nach Nürnberg zu holen. Der große Saal des Caritas-Pirckheimer-Hauses war bis auf den letzten Platz besetzt. Unter dem Publikum Banker, Parteivertreter, Gewerkschafter und Politikinteressierte. Aber natürlich auch Neugierige, welche die medienverwöhnte Salon-Linke einmal aus der Nähe sehen wollten.

Wer erwartet hatte, dass sich der Kirchenmann und die Kapitalismuskritikerin in der Diskussion nichts schenken würden, hatte sich geirrt. Vom Leiter des Caritas-Pirckheimer-Hauses, Siegfried Grillmeyer sanft geleitet, vertraten beide die Meinung, dass Eigentum verpflichtet. Und dass

es mit der Steuergerechtigkeit in diesem Land und auch anderswo nicht weit her sei.

So gab der Erzbischof, der den Vorsitz der Kommission Weltkirche innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz innehat und damit quasi der Entwicklungshilfefeminister des deutschen Katholizismus ist, der Politikerin recht, als diese die Steuerflucht internationaler Konzerne geißelte. Während Menschen mit einem Bruttogehalt von 2000 Euro ein prozentual Vielfaches an Steuern zu entrichten hätten, so Wagenknecht, fänden die Superreichen immer und immer wieder Möglichkeiten, überhaupt keine Steuern zu bezahlen. Für sie ist es vor allem wichtig, eine Erbschaftssteuer zu etablieren, die nicht die Reichen noch reicher macht.

Muss nicht jeder Christ auch ein Sozialist sein?

Einig waren sich die beiden Gesprächspartner auch in der Bewertung der prekären Situation in der so genannten Dritten Welt. Erzbischof Schick forderte hier eine größere Chancen- und Ressourcengerechtigkeit, plädierte für Hilfe zur Selbsthilfe, beließ es aber weitgehend bei der Situationsbeschreibung und dem Verweis auf die Christliche Soziallehre. Sahra Wagenknecht konnte aus ihrer Oppositionsrolle heraus hingegen die katastrophale Außenwirtschaftspolitik kritisieren, die durch Billigexporte die Märkte in Afrika überflutet und damit die Landwirtschaft dort zerstört.

Schuld an den Kriegen, die laut Schick letztlich auch die derzeit grassierenden Hungernöte in Afrika maßgeblich mitverursachen, seien die Waffenexporte auch aus Deutschland. Konkret wurde Sahra Wagenknecht in Bezug auf den Bürgerkrieg in Jemen, der vor allem von den islamistischen Saudis genährt werde. Dort könnten 500 000 Kinder gerettet werden für einen Preis, der hierzulande die jährliche Steigerung des Weltreichtums ausmache.

Auch bei der Frage nach einem steuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommen lagen Schick und Wagenknecht, die eine ordoliberalere Ader erkenne ließ, nicht weit auseinander. Beide bekannten sich zum Leistungsprinzip und zu einer gerechten Entlohnung, sahen aber in der Nivellierung der staatlichen Zuwendungen für alle keine Lösung.

Fragen zum Abschluss aus dem Publikum: Wenn die Podiumsteilnehmer schon so einträchtig seien, müsse dann nicht ein Christ von Haus aus ein Sozialist sein? Nein, meinte der Erzbischof nach kurzem Zögern, es reiche schon, wenn er sozial sei. Und Sahra Wagenknecht versicherte, dass die vereinigte Linke auf keinen Fall eine Neuauflage der alten DDR wolle. Sie schon gar nicht, habe man ihr doch im Gegensatz zur Kanzlerin, die ebenfalls in der DDR groß geworden ist, das Studium versagt.

Die Zuhörer quittierten das Gespräch mit freundlichem Applaus. Nicht nur Pater Jörg Alt hätte gern Konkreteres zum Thema Steuergerechtigkeit gehört.